



Mit Spiel, Spaß und Bewegung die
Entwicklung der Kinder fördern

SOMMERFERIENPROGRAMM FÜR BENACHTEILIGTE KINDER

Kraftakt für die OGS-Träger

Vieles war ungeklärt, als zwei Wochen vor den Sommerferien die Grundschulen in NRW wieder ihren Regelbetrieb aufnehmen sollten. Zeitgleich öffneten auch die Träger des Offenen Ganztags wieder ihre Angebote. Parallel sollten sie kurzfristig eine erweiterte Ferienbetreuung aus dem Boden stampfen. Für etliche ein Kraftakt.

Das NRW-Schulministerium hatte kurzfristig angekündigt, 75 Millionen Euro für zusätzliche Sommerferienangebote bereitzustellen: ein Programm (35 Mio. Euro) für Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung und ein Programm (40 Mio. Euro) für Kinder aus „sozioökonomisch benachteiligten Famili-

en“ in den Klassen 1 bis 8 des aktuellen Schuljahres.

Das Programm komme sehr spät, sei aber grundsätzlich zu begrüßen, so die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Freie Wohlfahrtspflege. „Es ist dringend notwendig, etwas für die Kinder und die sehr geforderten Eltern zu tun“, sagte der LAG-Vorsitzende Dr. Frank J. Hensel. Viele Jungen und Mädchen hätten seit zwölf Wochen kaum oder keine Schule und damit auch weniger soziale Kontakte gehabt.


Hensel verwies auch auf beengte Wohnverhältnisse und oftmals zusätzlich belastete Eltern, manche seien aufgrund der Corona-Pandemie in Kurzarbeit, andere hätten möglicherweise sogar ihren Job verloren. „Das Programm aus dem Ministerium kann da nun endlich etwas Erleichterung für die Familien verschaffen“, so Hensel. Die Teilnahme an den Ferienangeboten ist für die Schülerinnen und Schüler kostenfrei, und ihnen wird auch ein Mittagessen angeboten.

Die Ferienbetreuung dockt laut Ministerin Yvonne Gebauer (FDP) an den bestehenden Strukturen der Offenen Ganztagschule (OGS) oder des Ganztags in den Klassen 5 bis 8 der Sekundarstufe an und soll täglich mindestens sechs Stunden an 15 aufeinanderfolgenden Werktagen stattfinden. Nach den Vorstellungen des Ministeriums sollen OGS-Kräfte, Lehrer, Lehramtsanwärter, Studierende, Honorarkräfte und Ehrenamtliche die Betreuung leisten.

Die Personalsuche wird für OGS-Träger nicht einfach. Es könne kurzfristig mithilfe von Honorarkräften gelingen, „etwa gemeinsam mit Sportvereinen, Umweltverbänden oder Theaterbetrieben“, sagte Hensel. Möglichkeiten der Freizeitgestaltung gebe es ja, denkbar seien Ausflüge in den Zoo oder in Freizeitparks.

Zudem war bis kurz vor den Ferien noch unklar, wie das Antragsverfahren genau laufen soll und wie die Träger des OGS rechtzeitig vor den Ferien an die notwendigen Mittel kommen. Ob die Kinder aus prekären sozialen Situationen überhaupt noch erreicht werden können, war in der letzten Schulwoche zumindest zweifelhaft. Am ehesten – so die Einschätzung von Experten – schaffen das die Träger, die bereits mit diesen Kindern und Jugendlichen pädagogisch arbeiten. Die Hoffnung war, dass möglichst viele OGS-Einrichtungen die Ferienförderung als Last-minute-Option sehen und wahrnehmen können. Allerdings werden etliche Familien trotz der langen Unsicherheit durch den Lockdown ihren Sommerurlaub inzwischen doch anders geplant haben. Für die kommen die neuen Angebote zu kurzfristig.

Für Kinder aus Migrantenfamilien bietet die Landesregierung zusätzlich das etablierte Programm „FerienIntensivTraining – FIT in Deutsch“ an, um eine zusätzliche Unterstützung beim Erlernen und Festigen der deutschen Sprache zu ermöglichen.




An mehr als 90 Prozent der knapp 3000 Grundschulen gibt es das Angebot einer OGS, an die 80 Prozent davon liegen in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege.  M.L.



AUSGABE JULI 2020

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:


-  caritas-nrw.de/nachrichten
-  facebook.de/caritas_in_NRW
-  redaktion@caritas-nrw.de

Ungeregelt

Wenige dürre Sätze, angehängt an die Nachricht mit detaillierten Hinweisen an die Schulen zur Öffnung vor den Sommerferien, offenbarten einmal mehr, dass die Offene Ganztagsgrundschule an verantwortlicher Stelle als Anhängsel gesehen wird. Parallel sollte die OGS nachmittags die Kinder wieder betreuen, das Wie, das wurde den Leitungen weitgehend überlassen. Es gab wohl die Vorgabe, nachmittags feste Gruppen parallel zu den Klassen zu bilden. Aber die wurde schnell wieder kassiert, weil dies faktisch nicht möglich war - zu wenig Personal.

Das ist nicht erst seit der Corona-Pandemie ein Kernproblem der Ganztagsbetreuung. Die OGS ist aus kleinen Anfängen rasant gewachsen. Dass es hier nicht nur um Verwehren geht, sondern sie einen Förder- und Bildungsauftrag hat, ist längst Konsens. Nicht mitgewachsen sind die Strukturen, auch nicht die Neigung, sie entsprechend finanziell auszustatten.

Nach wie vor fehlen Regelungen zu Betrieb und Ausstattung. Morgens ist der Unterricht bis ins Detail vorgegeben, nachmittags bleibt es der mehr oder minder guten Zusammenarbeit zwischen Schule und OGS sowie vor allem der Kreativität und dem Engagement der Mitarbeitenden überlassen, wie gut die Kinder gefördert werden. Abhängig ist dies dann zudem von der jeweiligen Kommune, ob sie das magere Landesgeld und die Elternbeiträge aufstocken kann und will.

Dass es so nicht weitergehen kann, wenn wir es mit einer guten Zukunft für unsere Kinder ernst meinen, hat sich jetzt überdeutlich gezeigt. Jetzt müssen Taten folgen für eine verlässliche, mit Fachkräften ausgestattete und ausreichend finanzierte OGS. Besser wäre es, Jugendhilfe und Schule gleich zusammen zu denken. Erfolgreiche Versuche zum Beispiel in Form des rhythmisierten Ganztags können die Richtung vorgeben. 

SIGRID SCHMEDDES

 schmeddes@caritas-muenster.de

ARBEITSLOSENREPORT DER WOHLFAHRTSVERBÄNDE

Geflüchtete Frauen am Arbeitsmarkt besser fördern!

Sie dürfen uneingeschränkt arbeiten, weil ihr Asylantrag anerkannt ist. Sie sind oft hoch motiviert. Sie würden gerne arbeiten, und viele bringen durchaus beachtliche Berufserfahrung mit. Dennoch stehen geflüchtete Frauen vor erheblichen Barrieren, die ihnen den Weg auf den deutschen Arbeitsmarkt erschweren. Das muss sich ändern, fordert die Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege in ihrem Arbeitslosenreport.

Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) bezogen Ende 2019 knapp 69600 geflüchtete Frauen im erwerbsfähigen Alter Hartz-IV-Leistungen, aber nur 7300 wurden mit einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme gefördert. „Das passt nicht zusammen“, sagt Dr. Frank Johannes Hensel, Vorsitzender der LAG Freie Wohlfahrtspflege. „Unser Land sollte ein hohes Interesse daran haben, auch diesen Frauen rasch umfassende berufliche Teilhabe zu ermöglichen.“ Geflüchtete Frauen sind laut Arbeitslosenreport 2/2020 im Vergleich zu geflüchteten Männern bei der arbeitsmarktpolitischen Förderung deutlich unterrepräsentiert. Das Verhältnis beträgt eins zu drei, auf jede geförderte Frau kommen drei geförderte Männer. Das ist deutlich weniger, als es dem Anteil der Frauen an den Arbeitslosen zufolge sein müsste. Die BA müsse sich offensichtlich stärker anstrengen, um Gleichberechtigung bei der Förderung in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Geflüchtete herzustellen, fordert Hensel.


Damit sie überhaupt arbeiten oder sich qualifizieren können, brauchen viele geflüchtete Frauen bedarfsorientierte und flexible Angebote der Kinderbetreuung und Bildungs- und Qualifizierungsangebote in Teilzeit. „Gerade wenn es um Rollenbilder und Geschlechterstereotype geht, lernen Kinder von ihren Eltern. Deshalb ist es wichtig, die zu uns geflüchteten Frauen schon heute auf ihrem Weg zu mehr selbstbestimmter Teilhabe am Arbeitsleben zu unterstützen. Dann lernen das gleich auch die Kinder für ihre eigene Zukunft“, sagt Hensel.

Es sei übrigens ein Vorurteil und daher falsch, geflüchteten Frauen pauschal fehlende Bildung und mangelnde Kompetenzen zu unterstellen, warnt Hensel und kritisiert die Datenbasis der BA. In deren Statistik fehlten bei 25 Prozent der geflüchteten

Frauen Angaben zum Schulabschluss und bei drei Prozent Angaben zum Berufsabschluss. „Hier muss in den Arbeitsagenturen dringend noch einmal genau hingeschaut und ggf. in den Erfassungsunterlagen nachgebessert werden“, fordert Hensel.

Aus der Praxis ihrer Dienste und Einrichtungen wüssten die Wohlfahrtsverbände, dass viele geflüchtete Frauen aus ihren Herkunftsländern durchaus beachtliche Berufserfahrung mitbrächten. Die werde jedoch im hoch differenzierten und stark segmentierten deutschen System der beruflichen Bildung oft nicht anerkannt. Viele hätten in ihren Herkunftsländern jahrelang Schulen, Berufskollegs und Universitäten besucht, diese dann aber auf der Flucht vor Krieg und Gewalt vorzeitig ohne Prüfungen und Papiere verlassen müssen.

Hensel: „So richtig es ist, dass viele geflüchtete Frauen immer noch einen hohen Förderbedarf haben - den wir adäquat erfüllen müssen -, so wichtig ist es auch, ihre Interessen wertschätzend ernst zu nehmen. Statt erwachsene Menschen als formal ‚unqualifiziert‘ noch einmal auf die lange Schulbank zu schieben, müssen wir Kompetenzen, die im Herkunftsland in Schule und Beruf bereits erworben wurden, viel sorgfältiger erfassen, anerkennen und wertschätzen, selbst wenn das formale Zertifikat fehlt.“

Hensel schlug vor, gut konzipierte „Quereinsteigsprogramme“ aufzulegen. Diese könnten helfen, Qualifikationswege abzukürzen und noch fehlende formale und sprachliche Kompetenzen sogar berufsbegleitend zu erwerben. Die Freie Wohlfahrtspflege habe jüngst einen konkreten Vorschlag für ein neues ESF-Landesprogramm zur Fachkräfteentwicklung für soziale und pflegerische Berufe vorgelegt, das gleichzeitig auch Teil einer Antwort auf den Fachkräftemangel sein könnte. 




Corona-Warn-App

Der Aachener Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders wirbt für eine Nutzung der Corona-Warn-App. „Wenn möglichst viele Menschen die App auf ihrem Smartphone haben, können wir helfen, erkrankte und sozial benachteiligte Menschen zu schützen“, sagt Schröders. Die App sei ein Zeichen der Solidarität mit denjenigen, die von einer Corona-Infektion schwer getroffen werden könnten, und auch ein Signal dafür, dass unsere Gesellschaft zusammenhalten möchte, um mögliche Infektionswege schneller erkennen zu können, sagt Schröders. Auch die Caritas im Bistum Münster wirbt für den Einsatz der App. 


Kuren wieder möglich

Ebenso wie vielen Eltern von Schul- und Kindergarten-Kindern ergeht es derzeit den Angehörigen pflegebedürftiger Menschen. „Die Leute sind erschöpft“, sagt Katrin Thiem, Leiterin des Projekts

„Kurberatung für pflegende Angehörige“ beim Diözesan-Caritasverband Paderborn. „Die Belastungsgrenzen sind bei vielen erreicht.“ Vor der Corona-Pandemie konnten die Pflegebedürftigen die Tagespflege besuchen, Enkel, Nachbarn oder Ehrenamtliche unterstützten die Angehörigen. „Das fiel mit dem Beginn der Pandemie dann alles weg“, sagt Thiem. Sie rät erschöpften Angehörigen deshalb, sich wegen einer Kurmaßnahme beraten zu lassen. Da die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken unter Beachtung eines Hygienekonzeptes wieder öffnen durften, kann man ab sofort wieder Kurmaßnahmen beantragen. 


Flüchtlinge dezentral unterbringen

Kleine Zimmer, viele Betten im Schlafraum, Enge in Gemeinschaftsräumen: Die Gefahr einer Corona-Infektion ist in großen Flüchtlingsheimen besonders hoch. „Ist das Virus einmal in der Einrichtung, hat es wegen der hohen Personendichte besonders leichtes Spiel. Geflüchtete sind dann weitgehend schutzlos ausgeliefert“, warnt Dr. Frank J. Hensel, Kölner Diözesan-Caritasdirektor.

Geflüchtete müssten deshalb dringend frühzeitig - nicht erst nach Virusausbruch - in die Obhut von kommunalen Einrichtungen. „Dort kann die Gesundheit oft besser geschützt werden, und die Menschen finden hier den wichtigen Anschluss an Schule, Ausbildung und Arbeit“, sagt Hensel. 



Beste Arbeitgeber

Das Vinzenz-Heim Aachen ist beim Wettbewerb "Deutschlands Beste Arbeitgeber 2020" von Great Place to Work® als einer der besten Arbeitgeber ausgezeichnet worden. Die Auszeichnung stehe für ein glaubwürdiges Management, das fair und respektvoll mit den Beschäftigten zusammenarbeite, für eine hohe Identifikation der Mitarbeitenden und für einen starken Teamgeist im Unternehmen, hieß es bei der Preisverleihung in Berlin (Foto). 

BESCHÄFTIGTE IN DER FLEISCHINDUSTRIE

Caritas fordert Integrationshelfer

Auch durch den Corona-Ausbruch unter Fleischarbeitern sind nach Auffassung des Caritasverbandes für die Diözese Münster die seit Langem bekannten Missstände nur ansatzweise offensichtlich geworden. Die Probleme reichten tiefer und gingen weiter, erklärt Münsters Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann.

Entsprechend tiefgreifender müssen aus seiner Sicht auch die Maßnahmen sein, sie zu beheben. Dafür fordert die Caritas sowohl Beratungsstellen als auch insbesondere unabhängige muttersprachliche Integrationshelfer, die uneingeschränkten Zugang zu den Wohn- und Arbeitsstätten haben.


„Wir kennen die Situation in der Heimat der osteuropäischen Arbeitsmigranten gut aus unserer langjährigen Partnerschaft mit der Diözese Iasi in Rumänien“, sagt Kessmann. Die Armut zwingt die Menschen, Arbeit selbst unter eigentlich menschenwürdigen Bedingungen anzunehmen. Die

Caritas sehe hier die globale Verantwortung der Kirche, darauf hinzuweisen, dass diese Not nicht ausgenutzt werden dürfe, um die Profite der Fleischindustrie zu steigern und es „uns zu ermöglichen, möglichst billiges Fleisch zu kaufen“, so Kessmann.

Ausdrücklich begrüßt der Diözesan-Caritasdirektor, dass die Gewerkschaften sich ebenfalls dieses Themas annehmen. Es werde wohl nur im Bündnis gelingen können, die hartnäckigen Widerstände in Politik und Wirtschaft zu überwinden. Auch wenn Fleischarbeiter und Erntehelfer jetzt in den Fokus gerückt seien, gebe es ähnlich

gelagerte Probleme in der Logistik-Branche und Pflege sowie dem Versandhandel.

Die bisherigen und auch aktuellen Bemühungen gegenzusteuern reichen nach Ansicht der Caritas nicht aus. Schon 2014 hätte die Fleischindustrie in einem Verhaltenskodex die freiwillige Einhaltung von Sozialstandards versprochen. Das habe ebenso wenig bewirkt wie die Finanzkontrolle Schwarzarbeit oder eine Erhöhung von Bußgeldern. Ebenso sei das 2017 verabschiedete Gesetz zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte in der Fleischwirtschaft wirkungslos geblieben, wie sich jetzt im erschreckenden Ergebnis gezeigt habe.

Wichtig sei, so Kessmann, nach Abflauen der Infektionen nicht wieder die guten Absichten zu vergessen. Jetzt sei es an der Zeit, die Missstände grundlegend auf mehreren Ebenen anzugehen. Notwendig sei zum Beispiel auch, dass die Erfassung der Arbeitszeiten künftig digital und nicht manipulierbar erfolge.  (CPM)



VERSTECKTE FOLGEN DER PANDEMIE

Häusliche Gewalt: Hilfe holen!

Experten hatten es befürchtet: Corona fördert häusliche Gewalt! Finanzielle Sorgen, Ängste und Depressionen bilden eine gefährliche Mischung, die sich in vielen Haushalten entlädt. Eine repräsentative Befragung der Technischen Universität München hat jetzt gezeigt, dass während der Corona-Krise in bestimmten Fällen bis zu zehn Prozent aller Frauen Schläge oder sexuelle Gewalt erlebt haben.

Vor allem Ängste und Depressionen spielten als Auslöser eine Rolle, aber auch Kurzarbeit oder der Verlust des Arbeitsplatzes. Auch Prügel für Kinder haben der Studie zufolge zugenommen

In den Beratungsstellen gegen häusliche und sexuelle Gewalt ist diese Entwicklung noch nicht angekommen. „Wir vermuten, dass betroffene Frauen daran gehindert werden, sich Hilfe zu holen“, sagt Rita Schlottmann von der Beratungsstelle „Belladonna“ des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) in Paderborn. Viele Täter könnten aufgrund von Kurzarbeit oder Homeoffice eine verstärkte Kontrolle über ihre Partnerinnen ausüben.

Zusätzliche Kapazitäten in Frauenhäusern

Der SkF fordert betroffene Frauen dringend auf, sich nicht mit häuslicher Gewalt abzufinden. Der Fachverband unterstützt daher die aktuelle Aktion „Zuhause nicht sicher?“ von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey. Dabei werden Frauen zurzeit u. a. in

allen Filialen der großen Lebensmittel-Discounters auf Hilfsangebote in akuten häuslichen Gewaltsituationen aufmerksam gemacht.

Wenn Beratung nicht mehr helfen sollte, bieten Frauenhäuser Zuflucht. Noch gibt es hier freie Plätze; doch sollten die in den nächsten Monaten nicht ausreichen, kann der SkF kurzfristig Kapazitäten bereitstellen. „Wir haben in Kooperation mit dem Verband IN VIA Katholische Mädchensozialarbeit einen Masterplan zur Unterbringung von Frauen und Kindern erarbeitet“, so Diözesan-Geschäftsführerin Reinhild Steffens-Schulte. Betroffene Frauen könnten in Bildungshäusern untergebracht werden; die beiden Frauenhäuser des SkF würden die notwendige fachliche Beratung und Begleitung sicherstellen, um die Krisensituation bewältigen zu können. Steffens-Schulte: „Zunächst müssen wir aber den Bedarf abwarten, erst sollten alle Frauenhäuser belegt sein.“ Über freie Plätze in den Frauenhäusern in NRW informiert:

 www.frauen-info-netz.de

INKLUSION WIRD BEHINDERT

Kinder im Bildungs-Aus


Kein Unterricht, kaum Hilfe im Homeschooling: Mädchen und Jungen mit Behinderungen und ihre Familien sind in der Corona-Krise häufig auf sich allein gestellt. Vor allem auch weil die Unterstützung im Lernalltag fehlt: „Städte und Kommunen müssen handeln: Kinder mit Förderbedarf brauchen die Gewissheit einer kontinuierlichen Unterstützung. Ansonsten wird Inklusion beschädigt“, sagt Dr. Frank J. Hensel, Direktor des Kölner Diözesan-Caritasverbandes.

Viele Schulen in Nordrhein-Westfalen tun sich mit der Inklusion in Corona-Zeiten schwer. Weil angenommen wird, dass Kinder mit erhöhtem Förderbedarf nicht in der Lage seien, sich an Hygieneregeln zu halten, blieb ihnen der Zugang zu den wieder geöffneten Schulen verwehrt.

Aber auch zu Hause fehlte die Hilfe. Schulbegleitdienste bemühten sich zwar, den Kontakt zu den Kindern zu halten. Die wichtige persönliche Begegnung war aber aufgrund von Hygienevorschriften nicht möglich.

Wie geht's mit der Schulbegleitung weiter?

Ein weiteres Problem: Finanzierungszusagen der Kommunen fürs nächste Schuljahr bleiben wegen zu vieler Ungewissheiten an Schulen noch aus. „Wir brauchen unbedingt Klarheit, ob der Vertrag mit den Mitarbeitenden in der Schulbegleitung nach den Ferien verlängert werden kann“, warnt Hensel.

Schulbegleitdienste unterstützen Kinder mit seelischen, geistigen oder körperlichen Beeinträchtigungen, ihren Lernalltag selbstständig zu meistern. Durch die Schulschließungen fehlte die Begleitung der Kinder, zudem brechen den Diensten große Teile der Einnahmen weg. Denn die bekommen sie von Bezirken, Landkreisen oder kreisfreien Städte nur für tatsächlich ermöglichte Stunden. 

Wenn Vormünder ihre Mündel nicht sehen können

Sie wurden wegen Kindeswohlgefährdung aus ihren Familien genommen oder sind als Minderjährige vor Gewalt und Krieg geflohen: Kinder und Jugendliche, die von Vormündern rechtlich betreut werden. Vor allem Jugendliche, die kurz vor der Volljährigkeit stehen, hat die Corona-Krise in eine doppelt belastende, unsichere Situation gebracht.


Die Jugendlichen wissen nicht, wie es in den nächsten Monaten weitergeht“, erklärt Susanne Smolen, Geschäftsführerin des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) in Dortmund-Hörde, der zusammen mit dem SkF Dortmund zurzeit rund 70 Vormundschaften vor allem von minderjährigen Flüchtlingen führt. Normalerweise würden sich alle Beteiligten an einen Tisch mit dem oder der Jugendlichen setzen und über Wünsche, Vorstellungen und Fördermaßnahmen sprechen - Vormund, Jugendamt und Pflegefamilie oder Vertreter der Jugendhilfeeinrichtung, in der die oder der Jugendliche lebt. Coronabedingt sei dies zurzeit kaum möglich. „Vieles bleibt liegen, keiner fühlt sich zuständig, es fehlt der Austausch“, sagt Susanne Smolen.

Vormundschaftsvereine geraten in finanzielle Schwierigkeiten

Das beklagt auch Ralf Jackenkroll-Küdde vom SkF Hagen, Vormund für 32 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen sieben und 18 Jahren. „Da gibt es wichtige Fragen zu klären, wenn etwa eine therapeutische Begleitung verlängert werden muss.“ Normalerweise geschehe dies zweimal jährlich mit dem Aufstellen eines Hilfeplans. Doch die Jugendhilfeeinrichtungen, in denen die meisten seiner Mündel oder Pfleglinge leben, hatten sich zeitweise komplett abgeschottet. Die nötigen Besuche seien erst langsam wieder möglich, Telefonate aber kein wirklicher Ersatz, sagt er. Als vom Familiengericht bestellter Vormund muss er anstelle der Eltern, denen etwa die Verantwortung vom Jugendamt entzogen wurde, Entscheidungen für das körperliche und seelische Wohl der Kinder und Jugendlichen treffen, sie also auch regelmäßig sehen. Mit seinen Mündeln in Pflegefamilien war der Kontakt immerhin einfacher: „Da haben wir uns meist mit Abstand und Mundschutz im Garten getroffen.“

Die Corona-Krise hat auch schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für die vormundschaftsführenden Vereine, die gemeinnützig und ohne Gewinnstreben arbeiten. „Wir haben finanzielle Einbußen von mehr als 60 Prozent“, sagt Michael Gebauer, Geschäftsführer des SkF Hagen. Weil die Vormünder ihre Kontakte minutiös mit der Justizkasse und teilweise mit den Jugendämtern abrechnen, wirkt sich der fehlende Kontakt zu den Mündeln und Pfleglingen massiv auf die Einkünfte aus. „Das ist existenzbedrohend“, sagt Gebauer, zumal die Vergütungen, die im Vormünder- und Betreuungsvergütungsgesetz festgelegt sind, schon bisher nicht kostendeckend waren. „Seit Jahren ist Unterfinanzierung die Regel“, sagt Paul Krane-Naumann, Geschäftsführer der Diözesanen Arbeitsgemeinschaft katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfe im Erzbistum Paderborn. Möglich bleibt die Arbeit vielerorts nur, weil Kommunen Zuschüsse geben.


14 Vormundschaftsvereine im Bereich des Erzbistums Paderborn führen rund 400 Vormundschaften und etwa 150 Pflegschaften, bei denen die Vormünder nur einen Teil der rechtlichen Verantwortung übernehmen. Die Vormundschaftsvereine unterstützen und beraten zudem ehrenamtliche Vormünder, die sich vor allem für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge engagieren.

Als Vormund für einen Verein statt für ein Jugendamt tätig zu sein, sieht Ralf Jackenkroll-Küdde als einen großen Vorteil. „Dadurch komme ich nicht in Gewissenskonflikte, wenn ich zum Wohl des Kindes etwa gerichtlich gegen eine Entscheidung des Jugendamtes vorgehen muss.“ Zudem könne er unbelastet vom für die Familie zumeist schmerzhaften Entzug des Sorgerechts durch das Jugendamt auftreten. 

(CPD)

Van Bebber neue Caritasdirektorin

Erzbischof Hans-Josef Becker hat Esther van Bebber zur Diözesan-Caritasdirektorin im Erzbistum Paderborn ernannt. Die Ernennung erfolgte auf Vorschlag des Diözesan-Caritasrates des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn. Die 45-jährige Bielefelderin besetzt damit die zweite Vorstandsposition, die nach einer Satzungsänderung des Verbandes im Vorjahr eingerichtet wurde. Vorstandsvorsitzender ist Josef Lüttig (63), der ebenfalls den Titel Diözesan-Caritasdirektor führt.

Die Volljuristin Esther van Bebber ist seit 2005 in der Paderborner Geschäftsstelle des Diözesan-Caritasverbandes tätig. Seit 2012 leitet sie als Justiziarin des Verbandes die Fachstelle Recht. 2018 wurde sie von Erzbischof Becker zur stellvertretenden Diözesan-Caritasdirektorin ernannt.  (CPD)


DIGITALISIERUNG

Rückenwind für die soziale Arbeit

Einen kräftigen Schub für die Weiterentwicklung der sozialen Arbeit erwartet die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) NRW vom neuen Sonderprogramm zur Digitalisierung. Unter dem Titel „Zugänge erhalten - Digitalisierung stärken“ hat die Stiftung Wohlfahrtspflege ein 10-Millionen-Euro-Förderprogramm aufgelegt.

„Dieses Sonderprogramm ist Rückenwind für die Digitalisierung der sozialen Arbeit“, sagte der LAG-Vorsitzende Dr. Frank J. Hensel vor Journalisten in Düsseldorf. Die Corona-Krise habe Lücken in die Erreichbarkeit sozialer Hilfen gerissen, aber auch Chancen durch Digitalisierung der sozialen Arbeit aufgezeigt. „Von jetzt auf gleich waren im Lockdown Kontakte und Begegnungen stark reduziert oder gänzlich unmöglich. Um weiter Hilfe und Beratung leisten zu können, musste vieles mobiler werden. Beratungsgespräche im Gehen wurden etabliert, Online-Zugänge und Videosettings eingerichtet und Chatmöglichkeiten ausgebaut“, erklärte Hensel.

Probleme bei der digitalen Kommunikation, wie fehlende Ausstattung, Schulung und Übung bei den Beteiligten, seien deutlich zutage getreten. „Manchmal fehlte es einfach nur an modernen Geräten oder stabilem WLAN, manchmal an Zugängen zu einer Cloud oder auch nur Administratorenrechten und -kenntnissen“, sagte Hensel. Mit einem höheren Grad an Digitalisierung könnten die Wohlfahrtsverbände auch künftig mehr Menschen in Krisensituationen erreichen und krisenfester werden. Diese Möglichkeiten ergänzten wichtige persönliche Begegnungen, ersetzen sie jedoch nicht vollständig, so der LAG-Vorsitzende. „Weitere Fortschritte bei der Digitalisierung werden die Arbeit in den sozialen Diensten und Einrichtungen verbessern helfen“, so Hensel.

„Wir sind froh, dass wir im Gespräch mit der Stiftung Wohlfahrtspflege auf offene Ohren gestoßen sind“, betonte Hensel, der qua Amt derzeit selbst Mitglied im Vorstand der Stiftung ist. Die Stiftung Wohlfahrtspflege treffe mit dem Programm den Nerv und die Nöte dieser Zeit und ziehe erste Lehren aus der Corona-Krise. 

AUDIOPREIS DER LANDESANSTALT FÜR MEDIEN

Freie Wohlfahrtspflege NRW stiftet erneut einen Sozialpreis

Die Lokalradios sind mit ihren Beiträgen stets nah an den Hörerinnen und Hörern. Audioformate finden auch im Internet immer mehr Publikum. Die Freie Wohlfahrtspflege NRW stiftet deswegen einen "Sozialpreis" für Audio-Journalisten.

Damit die wichtigen sozialen Themen in Audioproduktionen für den Lokalfunk und darüber hinaus wahrgenommen und gewürdigt werden, stiftet die LAG Freie Wohlfahrtspflege erneut den Sonderpreis „Sozialpreis NRW“ im Rahmen des Audiopreises der Landesanstalt für Medien (LfM).


Mit dem „Sozialpreis“ werden herausragende redaktionelle Produktionen zu einem sozialen Thema prämiert. Ausgezeichnet werden Beiträge zu einem sozialen Thema, die sich mit den besonderen Situationen oder Problemen Not leidender und sozial benachteiligter Menschen in NRW auseinandersetzen. In den Beiträgen sollten auch Lösungen aufgezeigt werden, insbesondere durch Beratungs- und Unterstützungsleistungen der sozialen Infrastruktur.

Nah bei den Menschen

Die Dienste und Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände sind mit ihren Hilfen und Projekten nah bei den Menschen. Das ver-

bindet sie mit den Lokalradios. Die Sender wie die Freie Wohlfahrtspflege tragen mit dazu bei, dass Nordrhein-Westfalen ein Land des sozialen Zusammenhalts ist. Über die Vergabe des Preises entscheidet eine unabhängige Jury, die von der LAG FW NRW besetzt wird.

Die Landesanstalt für Medien NRW vergibt in diesem Jahr erstmals den Audiopreis als Nachfolger des NRW-Hörfunkpreises. Im Fokus steht dabei weiterhin der private Hörfunk in NRW. Der Audiopreis ist jedoch für eine erweiterte Zielgruppe geöffnet worden, um die Vielfalt an hochwertigen Audioproduktionen in NRW zu würdigen. So können erstmals auch freie Produktionen, Podcasts oder Social-Media-Angebote für den Preis eingereicht werden. Die Preisträgerinnen und Preisträger werden mit einem Geldpreis in Höhe von jeweils 2500 Euro belohnt.  M. Lahrmann

 **Einsendeschluss: 14. September**


 **www.medienanstalt-nrw.de/audiopreis**


FORTBILDUNGSSEMINAR


Workshop InsO


Das nächste Tagesseminar für die Beraterinnen und Berater in der Schuldner- und Insolvenzberatung der Caritas in NRW findet als Webinar statt. Im Mittelpunkt stehen aktuelle rechtliche Fragen und Entwicklungen im Themenfeld. Der Austausch der Beratungsfachkräfte wird ermöglicht. Ausschreibung unter


 **www.caritas-nrw.de/Aktuelles/Termine**

 **23.09.2020**

 **9.30-15.00 Uhr**

 **TN-Gebühr: 50 Euro**

 **Virtuell mit der Software "edudip"**

 **b.pachur@caritas-paderborn.de**

caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstr. 3, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von

Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Titelfoto: Andre Zelck

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,
Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:
Bonifatius GmbH, Astrid Rohde

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104

astrid.rohde@bonifatius.de

ISSN 1611-3527